

A n t r a g

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Alleinerziehende in Thüringen wirksam unterstützen

Der Landtag stellt fest:

In Thüringen leben mehr als 50.000 Frauen und Männer, die ihre Kinder alleine erziehen. Das entspricht etwa einem Viertel aller Familien mit Kindern. Thüringen liegt damit über dem Bundesdurchschnitt. Es sind vor allem Frauen, die mit ihren Kindern alleine leben.

Familien brauchen Zeit, Geld und Infrastruktur. Häufig fehlt es Alleinerziehenden an allen diesen Ressourcen. Damit sie die Herausforderungen bei der Erziehung und im Zusammenleben mit Kindern und Heranwachsenden gut meistern können, brauchen sie Unterstützung.

Steigende Mieten, niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten sowie eingeschränkte Mobilität werden für Alleinerziehende in besonderer Weise zum Problem.

Um die Situation der Alleinerziehenden in Thüringen umfassend und fundiert bewerten zu können sowie entsprechende Maßnahmen zur bestmöglichen Unterstützung von Alleinerziehenden zu ergreifen, beschließt der Landtag:

- I. Die Landesregierung wird gebeten, auf Grundlage des Erarbeitungsprozesses des Zweiten Sozialstrukturatlases zur Lebenslage von Alleinerziehenden in Thüringen zu berichten:
 - a) Welche Lebenslagendimensionen betrachtet der Zweite Sozialstrukturatlas und wie gestalten sich diese für Alleinerziehende und ihre Kinder?
 - b) Welche Erkenntnisse zu Armut und Armutsprävention ergeben sich für Alleinerziehende und ihre Kinder?
- II. Die Landesregierung wird gebeten sich für die Belange und Bedarfe der Alleinerziehenden und ihrer Kinder auf Bundesebene einzusetzen. Besondere Berücksichtigung haben dabei:
 - a) die schnellstmögliche Erhöhung des Regelsatzes auf Grundlage einer bedarfsgerechten Ermittlung des Kinderexistenzminimums im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch,
 - b) die Abschaffung der Anrechnung von Kindergeld auf das Einkommen inklusive des Unterhaltsvorschusses,

- c) die Einführung einer armutsfesten, bedarfsgerechten und vom Einkommen der Eltern unabhängigen Kindergrundsicherung,
- d) die Anhebung des Mindestlohns auf ein altersarmutsfestes Niveau.

III. Durch folgende Maßnahmen sind die vorhandenen Potentiale in Thüringen zur Verbesserung der Lebenssituation von Alleinerziehenden und ihren Kindern zu verbessern:

- Etablierung von flexiblen Arbeitszeitmodellen sowie Ausbildung in Teilzeit
- Lohnsteigerung durch die Stärkung der Tarifbindung
- Unterstützung von Unternehmen hinsichtlich familienfreundlicher Arbeitsmodelle und Kinderbetreuung
- Weiterentwicklung und bessere Finanzierung von Modellen der Randzeitenbetreuung zur individuellen Absicherung des Betreuungsbedarfs auch bei Erkrankung der Kinder
- Vernetzung der vorhandenen Beratungs- und Kontaktstellen zu regionalen Servicestellen, um Beratung und Beantragung von Leistungen aus einer Hand zu ermöglichen
- Sicherung schneller und möglichst unbürokratische Hilfen in akuten Notsituationen und eine alltägliche Beratung ohne lange Wartezeiten
- Ausbau von zielgruppenspezifischen Beratungs- und Serviceangebote durch Best-Practice-Projekte für Alleinerziehende und ihre Kinder, die vor Ort mit dem Landesprogramm für "Solidarisches Zusammenleben der Generationen (LSZ)" entwickelt werden
- Stärkung der Angebote der Familienerholung und -bildung
- Berücksichtigung der besonderen Spezifika der Lebens- und Gesundheitssituation von Alleinerziehenden und ihren Kindern in den Gesundheitszielen der Landesgesundheitskonferenz

Begründung:

Der Gleichstellungsausschuss hat sich im Rahmen einer Anhörung mit der Situation von Alleinerziehenden befasst.

Sie sind in besonderer Weise mit Herausforderungen konfrontiert. Durch die anspruchsvolle Bewältigung von Vereinbarkeit von Arbeit und Kindern, die alleinige Verantwortung für die Alltagsgestaltung sowie oftmals finanzielle Nöte sind Alleinerziehende einem hohen Grad an Stress und damit gesundheitlicher Belastung in besonderem Maße ausgesetzt.

Um sie in ihrem Lebensalltag zu unterstützen, braucht es ein vielfältiges Spektrum an Maßnahmen und Angeboten im Bereich der Arbeitswelt, der Kinderbetreuung, bei Beratung, Gesundheit und sozialer Absicherung.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Blechschmidt

Für die Fraktion
der SPD:

Becker

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Rothe-Beinlich